



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/60 - 13.3.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

"Europäisierung" und "Friedensgrenze"	S. 1
Seltener Prophet der Demokratie	S. 3
Um das Kartellgesetz	S. 4

Freiheit mit Hintergedanken

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Dr. Gerstenmaier, hat vor der Presse geäußert, es gebe keine Meinungsverschiedenheit mehr über die Notwendigkeit, die Saarbevölkerung in einer Volksabstimmung über ihr künftiges Schicksal entscheiden zu lassen. Wir müssen ihm - Dr. Dehler tut dies auch - widersprechen. Mit der Volksabstimmung wird über die westliche Grenze entschieden; über Grenzfragen aber kann - auch laut Generalvertrag - nur im Friedensvertrag entschieden werden. Außerdem ist es das wichtigste Anliegen der Deutschen in der Saarfrage immer gewesen, den Saardeutschen echte demokratische Freiheit zu verschaffen, nicht aber mit einem Suggestiv-Propaganda die Verantwortung für die Abtrennung von Deutschland aufzukleben.

Auch der neue Waters-Vorschlag, der sogenannte Dreistufenplan, trägt diesen Gesichtspunkten nicht Rechnung. Die Gewährung der demokratischen Freiheit bleibt an das Europäisierungs-(sprich: Abtrennungsstatut) gebunden; die Freiheit ohne Hintergedanken müßte dagegen ohne alle Bedingungen gewährt werden. Die Freiheit in Verbindung mit dem Europäisierungs-Statut bis zum Plebiszit und vielleicht sogar nach dem Plebiszit fürchten die Verfechter der Separation nicht. Wenn die Bundesregierung unbefugter Weise in dem Europäisierungsstatut der definitiven Abtrennung des Saargebietes von Deutschland zustimmt, besteht die große Gefahr, daß dadurch der Widerstandswille der Saarbevölkerung gegen die Abtrennung entscheidend gelähmt wird. Von dem Augenblick des Einverständnisses der Bundesregierung mit der Europäisierung gilt dann die vorgesehene Garantie der Mächte, einschließlich der Bundesrepublik, für die Unabänderlichkeit dieses Statuts, die jede Partei, welche für den Friedensvertrag den Verbleib der Saar bei Deutschland anstrebt, in eine hoffnungslose Lage versetzen würde.

Man könnte die Tendenz des neuen Vorschlages des Herrn von Waters so zusammenfassen: Für eine gewisse Lockerung der

Fesseln, wenn und soweit die endgültige Abtrennung der Saar von Deutschland gesichert ist.

x x x

In diesem Zusammenhang eine Erinnerung:

Es war einer der größten Tage des ersten deutschen Bundestages, als Alterspräsident Löbe am 13. Juli 1950 im Namen aller Fraktionen und Gruppen mit Ausnahme der Kommunisten, zugleich mit Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrates, gegen die Vereinbarung der Regierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1950 über die Festlegung der sogenannten Friedensgrenze protestierte.

Als Löbe feststellte: "Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands", erhoben sich die Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten von den Sitzen und spendeten minutenlang Beifall. Löbe fuhr fort: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu betreiben". Er stellte dann heraus, welches nach gemeinsamer Überzeugung der einzige Weg zur Regelung der deutschen Grenzfragen sein könne, nämlich über einen Friedensvertrag, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung geschlossen werden müsse. Und dann hieß es wörtlich weiter: "Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich unantastbare Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereitgefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht". Wieder gab es stürmischen Beifall. Reimann und seine Schar randalierten und riefen: "Die Kriegscoalition!"

Der Bundestag und die Welt nahmen der SED ihre Unterwerfung unter die östliche Besatzungsmacht nicht als Tat des Friedens und der Freundschaft ab. Heute soll die "Friedensgrenze" ein westliches Gegenstück finden. Die Unterwerfung und Hörigkeit im Westen soll mit der Europa-Ideologie getarnt werden. Die Kommunisten schimpften damals: Kriegstreiber! In einigen CDU-Zeitungen, allen voran im "Rheinischen Merkur" werden diejenigen, die sich der Unterwerfung im Westen widersetzen, schon jetzt im gemeinsamen Chor mit der separatistischen und französischen Presse als "Nationalisten" beschimpft.

Wir können nur warnen, sich mit der sogenannten Europäisierung der Saar in die Gesellschaft der Pankower Regierung mit ihrer "Friedensgrenze" zu begeben. Dem Kampf um die Ostgrenze wird dadurch die moralische und rechtliche Grundlage entzogen. Für uns jedenfalls gilt weiter jener Satz, dem damals auch der Kanzler zustimmte: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben".

+ + +

Ein peinlicher Bundesgenosse der Demokratie

Der Stoßseufzer "Gott schütze mich vor meinen Freunden" scheint der außenpolitischen Führung Washingtons unbekannt zu sein. Schon die Wahl der Diktatorenhauptstadt Caracas für die 10. interamerikanische Konferenz war peinlich, denn sie wurde von Washington (oder dem nordamerikanischen Erdölkapital?) gegen die Proteste und Warnungen parlamentarisch regierter lateinamerikanischer Staaten durchgesetzt. Noch schärfer hatte die internationale freie Gewerkschaftsbewegung protestiert. Zur Farce jedoch wird die Tragikomödie dadurch, daß ausgerechnet der mittelamerikanische Diktaturstaat San Domingo der Konferenz Richtlinien für den Kampf gegen die Diktatur - natürlich die von der anderen Seite, die kommunistische - glaubt anpreisen zu müssen.

Seit dem Jahre 1930 ist Santo Domingo sehr viel mehr ein absolut regiertes Land als irgendein anderer moderner Staat. Der General Leonidas Trujillo-Molina, welcher in jenem Jahre die Präsidentschaft an sich riß, verwaltet das Land wie einen Familienbesitz. Zur Zeit hat er seinen Bruder, Hektor Trujillo, als Präsidenten eingesetzt, andere Familienmitglieder sind Polizeichefs, Gerichtspräsidenten, und vor allem Aufsichtsratsmitglieder der Filialgesellschaften der nordamerikanisch-englischen Plantagenkonzerne, die das Land rücksichtslos ausbeuten dürfen - soweit sie die Familie Trujillo am Gewinn teilnehmen lassen. Wie in den schlimmsten Zeiten der italienischen Renaissancefürstentümer spielen Gift, gekaufte Mörder, schwer bewaffnete Leibwachen, die "auf der Flucht" erschießen, die größte Rolle bei der Beseitigung jeder politischen Opposition, nicht zuletzt der Führer einer selbständigen Arbeiterbewegung, "Die Freie Gewerkschaftswelt", die gewiß maßvolle offizielle Monatszeitschrift des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, schätzte die Zahl der vom Regime Trujillo auf die eine oder andere Weise ermordeten politischen und privaten Gegner des Regimes auf 50000, bei einer Gesamteinwohnerzahl der dominikanischen Republik von 2,1 Millionen !

"Trujillo ist ein Typ, in dem sich der Herrenmensch der alten spanischen Vizekönige mit den halbtierischen Instinkten primitiver gewalttätiger Rassen mischt", hieß es in einem Artikel der "Freien Gewerkschaftswelt". Es gibt kaum einen lateinamerikanischen Beobachter, der

nicht dasselbe Urteil über Trujillo und seine Gowaltherrschaft fällt. Versuche der Internationalen Arbeitsorganisation, eine Untersuchung über die sozialen und gewerkschaftlichen Verhältnisse in der dominikanischen Republik anzustellen, schlugen fehl. Ebenso wenig gelang es, den Ausschuß für Menschenrechte der Vereinten Nationen zu einer Untersuchung zu bewegen. Es scheint, daß gewissen Kreisen in Washington die strategische Lage Santo Domingos wichtiger ist als das Menschenrecht der dortigen Bevölkerung.

Das ist die Sache Washingtons. Die Entscheidung darüber jedoch, wie der Kampf gegen den Kommunismus in sauberer und demokratischer Weise geführt wird, ist Sache aller, die in der Front gegen den Kommunismus stehen. Die demokratischen Staaten sollten es sich verbitten, daß ein Skandalregime wie das dominikanische nicht nur in die antikommunistische Front aufgenommen, sondern sogar auf einer interstaatlichen Konferenz als Wortführer und Antragsteller gegen die "Bedrohung der demokratischen Freiheiten" vorgeschickt wird. Ein guter Kampf wird dadurch auf das schwerste diskreditiert.

Don Pablo

+ + +

Eine glatte Nötigung

(sp) Es ist wirklich an der Zeit, alle die "Vertreter" des Rechtsstaates anzusprechen, die seinerzeit, als die Gewerkschaften für ein vernünftiges Mitbestimmungsrecht demonstrierten, schürzten und von einer Nötigung des Gesetzgebers sprachen. Nun, die Gewerkschaften haben den Gesetzgeber nicht unter Druck gesetzt, sondern nur ihre Meinung ausgesprochen. Die gleichen Kreise, die damals aber nicht genug tun konnten, um die Ansprüche der Arbeiterschaft zu diffamieren, schweigen heute, obwohl in der Frage des Kartellgesetzes die Bundesregierung glatt erdreißt wird.

Am 17. Februar hat das Bundeskabinett den Kartellgesetzentwurf verabschiedet, und ihn nicht an den Bunderrat weitergeleitet, obwohl das Bundeswirtschaftsministerium, dreimal deklarierte, daß mit einer nochmaligen Beratung des Entwurfs zu rechnen sei. Am 5. März fand dann die denkwürdige Besprechung zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundeswirtschaftsminister Erhard und dem Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, statt, auf der "Übereinstimmung" darüber erzielt wurde, daß der Entwurf erst nach Rückkehr Erhards von seiner

Südamerikareise, also Ende April, an den Bundesrat weitergeleitet wird. In der Zwischenzeit werden zahlreiche Organisationen gehört, eine Aufgabe, die in der Regel in der Zeit zwischen Referentenentwurf und Kabinettsbeschluss erledigt werden sollte.

Es liegt auf der Hand, was mit der Verzögerung geplant ist, denn nachdem es der Industrie nicht gelungen ist, direkt im Kabinettsbeschluss die Mißbrauchsgesetzgebung zu verankern, kommt es ihr einzig und allein auf den Zeitgewinn an. Wenn Prof. Erhard aus Südamerika zurückkehrt dann ist der Zeitpunkt herangerückt, an dem die Finanzierung der bevorstehenden Landtagswahlen gesichert sein muß. Es ist klar, daß die Industrie zu diesem Zeitpunkt dann noch ungleich bessere Waffen in der Hand hat, als sie sie heute schon besitzt. Dann dürfte allein eine Drohung mit der Sperrung der Gelder genügen, um die noch fehlenden drei Kabinettsmitglieder in ihrem Entschluß umzustimmen.

Es ergibt sich natürlich auch die Frage, warum die Industrie so außerordentlichen Wert darauf legt, daß anstelle der Verbotsgesetzgebung die Mißbrauchsgesetzgebung bereits im Regierungsentwurf verankert wird, denn die Einflußnahme auf die einzelnen Abgeordneten eröffnet eigentlich viel günstigere Perspektiven. Das dürfte einfach damit zusammenhängen, daß die Erfahrung gelehrt hat, wie schwer es ist, eine Regierungsvorlage in den entscheidenden Punkten abzuändern. Wenn einmal das Prestige eines Ministers im Spiele ist, dann hat bei der Mehrheit der Bonner Koalition oft die beste Einsicht nichts genützt, um der Verunft zum Siege zu verhelfen. Außerdem erwartet man ohnehin Schwierigkeiten durch den Bundesrat, der groteskerweise zur Zeit in einem Unterausschuß "Kartellfragen" bereits das Gesetz berät, ohne es offiziell von der Bundesregierung erhalten zu haben. Aus allen diesen Gründen ist die deutsche Industrie so erpicht darauf, die Grundsatzentscheidung bereits auf der Kabinettschene zu fällen.

Es soll hier nicht für oder gegen das System der Mißbrauchs- oder der Verbotsgesetzgebung im Kartellrecht Stellung genommen werden. Es geht hier einzig und allein um die Pressionsmethoden, die vor der Industrie angewandt werden. Diese Pressionsmethoden haben dabei schon das Ziel erreicht, daß man in Regierungskreisen davon spricht, daß nach der erneuten Beratung durch die verschiedenen Gremien "sicherlich eine neue Sachlage" entstehen würde, so daß anzunehmen sei, daß das Kabinett sich mit dem Kartellgesetz noch einmal wird befassen müssen. Als die Arbeiter für ihr Recht in aller Offenheit demonstrierten, da war es Nötigung des Gesetzgebers; wenn die Bundesregierung unter den Druck des Geldsackes gestellt wird, dann findet aber keiner der Abgeordneten der Regierungsparteien es auch nur für nötig, sich mit einem Wort dagegen zu verwehren. Und die Bundesregierung selbst? Wie kann sie protestieren, nachdem sie sich den Interessenverbänden bereits so willfährig ausgeliefert hat?!

Verantwortlich: Peter Tounau